

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Prüfungsdauer

40 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung (inkl. Deckblatt)

11

Beilage(n)

Jahreskalender (1 Seite)

Maximale Punktzahl

40

Erzielte Punkte

Note



Lösungsvorschlag

Hinweise

- Schreiben Sie die Kandidatennummer auf sämtliche Blätter (Prüfung und allfällige Zusatzblätter).
- Prüfen Sie den Aufgabensatz auf seine Vollständigkeit.
- Schreiben Sie Ihre Antworten ausschliesslich auf die Vorderseiten der Antwort-/Lösungsblätter.
- Verwenden Sie bei Bedarf für Ihre Lösungen ein offizielles Zusatzblatt, welches Ihnen auf Handzeichen zur Verfügung gestellt wird.
- Die bloße Nennung eines Gesetzes- oder Verordnungsartikels reicht nicht aus (ausser dies wird ausdrücklich erlaubt).
- Die Aufgaben können in beliebiger Reihenfolge gelöst werden. Das Punktemaximum wird bei jeder Aufgabe angegeben. Teillösungen ergeben ebenfalls Punkte.
- Benutzen Sie Kugelschreiber, Filzstift oder Tinte (dokumentenecht, nicht radierbar, keine rote Farbe und kein Bleistift) zum Lösen der Prüfung.

Die Experten/innen

Datum

Unterschriften

Experte 1

Experte 2

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 1: Staatsrechtliche Grundlagen (4 Punkte)

Ausgangslage

Das schweizerische Staatswesen umfasst vier tragende Grundelemente. Eines davon ist der Rechtsstaat (rechtsstaatliches Element).

Aufgabe 1.1 (1 Punkt)

Nennen Sie zwei andere tragende Grundelemente.

Lösungsvorschlag

- *föderalistisches Element*
- *demokratisches Element*
- *sozialstaatliches Element*

[Korrekturhinweis: pro richtige Antwort ½ Punkt, Begriffe wie Rechtsstaatlichkeit oder Demokratie geben auch jeweils ½ Punkt. Andere Begriffe i.O., prüfen ob zu jedem Element ein Begriff.]

Aufgabe 1.2 (3 Punkte)

Nennen Sie zu drei der vier tragenden Grundelemente des schweizerischen Staatswesens ein Beispiel aus der Bundesverfassung (mit dem genauen Artikel und dem Absatz).

Lösungsvorschlag

Mögliche Lösungen für

- *das rechtsstaatliche Element: personelle Gewaltenteilung, Art. 144 Abs. 1 BV*
- *das demokratische Element: Wahl des Nationalrats, Art. 149 Abs. 2 BV*
- *das föderalistische Element: Ständemehr, Art. 140 Abs. 1 BV*
- *das sozialstaatliche Element: Sozialziele, Art. 41 Abs. 1 BV*

[Korrekturhinweis: pro richtige Antwort und richtigem Artikel und Absatz je 1 Punkt, aber pro Element maximal 1 Punkt, also nicht 2 Punkte, falls zwei Lösungen zur Rechtsstaatlichkeit aufgeführt werden, die keinem anderen Element zugeordnet werden können]

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 2: Verfahren (6 Punkte)

Ausgangslage

Die Renten der AHV werden durch den Bundesrat auf der Grundlage des Mischindex alle zwei Jahre der Preis- und Lohnentwicklung angepasst (Art. 33^{ter} AHVG). Im Jahre 2022 betrug die Teuerung über drei Prozent, während die Löhne lediglich um zwei Prozent anstiegen. Der Bundesrat beschloss daher eine allgemeine Rentenerhöhung von 2,5 Prozent. Die Rentnerin Rosa Immergrün erhielt von ihrer Ausgleichskasse einen Brief, mit welchem man ihr die Rentenerhöhung mitteilte. Sie ist jedoch mit dem Betrag der Erhöhung nicht zufrieden und findet das Vorgehen des Bundesrates nicht korrekt. Sie meint, dass die Renten mindestens der Preisentwicklung entsprechend angepasst werden müssten. Die Ausgleichskasse hielt an ihrer Mitteilung fest. Rosa Immergrün will diese Frage durch ein Gericht überprüfen lassen. Sie findet es auch nicht korrekt, dass sie von der Ausgleichskasse nur einen gewöhnlichen Brief erhielt.

Aufgabe 2.1 (1 Punkt)

Was sagen Sie zum Vorwurf von Rosa Immergrün, dass die Rentenerhöhung per 1. Januar 2023 bloss in einfacher Schriftform erfolgte? Begründen Sie die Antwort mit den rechtlichen Grundlagen (Gesetz und Artikel).

Lösungsvorschlag

Gemäss Art. 51^{quater} AHVV muss die Rentenanpassung nur auf schriftliches Verlangen in Verfügungsform eröffnet werden. (1)

Aufgabe 2.2 (1 Punkt)

Wie muss Rosa Immergrün vorgehen, um zu einem Gerichtsurteil zu kommen? Was muss sie als erstes tun?

Lösungsvorschlag

Sie muss zunächst eine (anfechtbare) Verfügung verlangen. (Im Übrigen normales Verfahren.) (1)

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 2.3 (2 Punkte)

Wo findet sich der Grundsatz für die Meinung von Rosa Immergrün, wonach die Renten mindestens der Teuerung angepasst werden müssen? (genaue Fundstelle, Artikel, Absatz und Buchstabe).

Lösungsvorschlag

Art. 112 Abs. 2 lit. d BV (2)

Aufgabe 2.4 (2 Punkte)

Wie beurteilen Sie die Chance von Rosa Immergrün auf einen Erfolg vor Gericht? Begründen Sie Ihre Antwort und nennen Sie die gesetzlichen Quellen, die Ihre Meinung stützen (Fundstelle, Artikel).

Lösungsvorschlag

Keine Chance (1). Gemäss Art. 190 BV sind Bundesgesetze... für das Bundesgericht ... massgebend. (1)

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 3: Volksrechte (3 Punkte)

Ausgangslage

Die Anspruchsvoraussetzungen von AHV-Kinderrenten sind Ihrer Meinung nach nicht mehr zeitgemäss. Sie haben gehört, dass besonders viele Kinderrenten an schweizerische Väter, die in Asien wohnen, exportiert werden. Dieser Umstand muss Ihrer Meinung nach unbedingt geändert werden.

Aufgabe 3.1 (1 Punkt)

Welche politische Möglichkeit haben Sie als Bürger/Bürgerin dieses Landes, um die entsprechenden Änderungen anzustossen?

Lösungsvorschlag

Volksinitiative (1)

Aufgabe 3.2 (2 Punkte)

Welches ist der erste Schritt zur angestrebten Änderung?

Lösungsvorschlag

100'000 Unterschriften (1) in 18 Monaten (1)

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 4: Fristenwahrung (4 Punkte)**Ausgangslage**

Für die Wahrung von Fristen im Sozialversicherungs- und Beschwerdeverfahren gilt es, gewisse Formvorschriften einzuhalten.

Aufgabe 4.1 (2 Punkte)

Die Unfallversicherung Looping hat Stefan Kalt im Verwaltungsverfahren eine Frist für das Beibringen von Unterlagen gesetzt. Innerhalb der laufenden Frist stellt er das Gesuch, die Frist zu erstrecken, da sich sein Onkel, von Beruf Rechtsanwalt, zurzeit im Ausland aufhalte. Er möchte ihn nach dessen Rückkehr unbedingt noch konsultieren.

Kann die Unfallversicherung diesem Antrag entsprechen? Führen Sie die entsprechende Gesetzesbestimmung an (Gesetz, Artikel und Absatz).

Aufgabe 4.2 (2 Punkte)

Stefan Kalt hat am 8. März 2023 einen vom 3. März 2023 datierten Einspracheentscheid der Unfallversicherung erhalten. Sie haben ihm am Telefon zu erklären, bis wann er Beschwerde erheben kann.

Bestimmen Sie mit Hilfe des beiliegenden Kalenders den letzten Tag, der für die Fristwahrung noch ausreichend ist (genaues Datum: tt.mm.jj).

Lösungsvorschläge

4.1 Ja (1) Art. 40 Abs.3 ATSG (1)

4.2 24. April 2023 (2)

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 5: Verfahrensrecht im ATSG (5 Punkte)

Ausgangslage

Dem ATSG und der ATSV können zahlreiche Verfahrensregeln entnommen werden. Geben Sie an, welchen Artikeln (inkl. Absatz) in diesen beiden Erlassen die Lösung zu den nachfolgenden Fragestellungen entnommen werden können.

Aufgabe 5.1 (1 Punkt)

Definition des gewöhnlichen Aufenthalts einer Person.

Aufgabe 5.2 (1 Punkt)

Einzelheiten zur Berechnung der grossen Härte im Sinne von Art. 25 Abs. 1 ATSG.

Aufgabe 5.3 (1 Punkt)

Ein Versicherer kann die Verfügung zu Gunsten oder zu Ungunsten der Einsprache führenden Partei abändern.

Aufgabe 5.4 (1 Punkt)

Stellt ein Versicherungsträger fest, dass eine versicherte Person Leistungen anderer Sozialversicherungen beanspruchen kann, so gibt er ihnen unverzüglich davon Kenntnis.

Aufgabe 5.5 (1 Punkt)

Zuständigkeit zum Entscheid über den Antrag eines Versicherungsträgers, eine Observation mit technischen Instrumenten zur Standortbestimmung anzuordnen.

Lösungsvorschläge

- 5.1 Art. 13 Abs. 2 ATSG (1)
- 5.2 Art. 5 ATSV (1)
- 5.3 Art. 12 Abs. 1 ATSV (1)
- 5.4 Art. 27 Abs 3 ATSG (1)
- 5.5 Art. 43b Abs. 2 ATSG (1)

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 6: Aufschiebende Wirkung (5 Punkte)

Ausgangslage

Eine Einsprache oder Beschwerde hat grundsätzlich aufschiebende Wirkung. Das heisst, dass die Verfügung während eines Einsprache- oder Beschwerdeverfahrens nicht vollstreckt werden kann. Die Versicherer können allerdings die aufschiebende Wirkung entziehen.

Aufgabe

Kreuzen Sie bei den nachfolgenden Fallkonstellationen an, ob ein Entzug der aufschiebenden Wirkung angezeigt ist oder nicht.

	ja	nein
Eine EL-Durchführungsstelle erlässt eine Verfügung, mit der ein EL-Anspruch verneint wird.		
Eine IV-Stelle verfügt eine Reduktion der IV-Rente.		
Eine AHV-Ausgleichskasse erlässt eine Beitragsverfügung.		
Eine Unfallversicherung verfügt eine Hilflosenentschädigung.		
Eine Arbeitslosenkasse stellt den Anspruch ein, nachdem sie festgestellt hat, dass dieser aufgrund falscher Angaben der versicherten Person zugesprochen worden ist.		

Lösungsvorschlag

	ja	nein
<i>Eine EL-Durchführungsstelle erlässt eine Verfügung, mit der ein EL-Anspruch verneint wird.</i>		X
<i>Eine IV-Stelle verfügt eine Reduktion der IV-Rente.</i>	X	
<i>Eine AHV-Ausgleichskasse erlässt eine Beitragsverfügung.</i>		X
<i>Eine Unfallversicherung verfügt eine Hilflosenentschädigung.</i>		X
<i>Eine Arbeitslosenkasse stellt den Anspruch ein, nachdem sie festgestellt hat, dass dieser aufgrund falscher Angaben der versicherten Person zugesprochen worden ist.</i>	X	

Pro richtige Antwort 1 Punkt

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 7 Rechtskraft von Verfügungen und Einspracheentscheiden (6 Punkte)

Ausgangslage

Unter bestimmten Voraussetzungen ist eine Abänderung von Verfügungen und Einspracheentscheiden trotz formeller Rechtskraft möglich.

Aufgabe

Thomas Inauen führt als Arzt eine eigene Praxis. Gestützt auf eine entsprechende Steuermeldung verfügte die zuständige Ausgleichskasse am 2. Februar 2023 die AHV/IV/EO-Beiträge im Betrage von CHF 25'000. Wegen hoher Arbeitsbelastung überprüfte der Beitragspflichtige die Verfügung nicht näher. Im September 2023 stellte er fest, dass ihm die Ausgleichskasse fälschlicherweise um CHF 50 zu hohe Beiträge verfügt hatte und diese Verfügung somit zweifellos falsch ist. Er gelangt an die Ausgleichskasse mit dem Gesuch, die Verfügung anzupassen.

Sie haben behördlicherseits die Aufgabe, zu diesem Gesuch Stellung zu nehmen.

Aufgabe 7.1 (1 Punkt)

Wie heisst der Fachbegriff für dieses Gesuch?

Aufgabe 7.2 (1 Punkt)

Was haben Sie bezüglich der Form Ihrer Antwort zu beachten?

Aufgabe 7.3 (1 Punkt)

Auf welche Gesetzesgrundlage (Artikel und Absatz) beziehen Sie sich in Ihrer Antwort?

Aufgabe 7.4 (1 Punkt)

Können Sie dem Gesuch stattgeben?

Aufgabe 7.5 (2 Punkte)

Begründen Sie Ihre Beurteilung.

Lösungsvorschlag

7.1 Gesuch um Wiedererwägung (1)

7.2 einfacher Brief genügt / keine Verfügung erforderlich (1)

7.3 Art. 53 Abs. 2 ATSG (1)

7.4 Nein (1)

7.5 Die Verfügung ist zweifellos falsch (1), die Berichtigung aber nicht von erheblicher Bedeutung (1)

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 8 Verfahren bei der Invalidenversicherung (7 Punkte)

Ausgangslage

Betroffene haben auf dem Gebiet der Sozialversicherungen gut ausgebaute Mitwirkungsrechte und es stehen ihnen Rechtsmittelmöglichkeiten zur Verfügung. Bei der IV gibt es noch einige Besonderheiten.

Aufgabe 8.1 (4 Punkte)

Die IV-Stelle hat ihre Abklärungen abgeschlossen. Bevor sie verfügt, hat sie einige formelle Vorgaben zu beachten.

Ergänzen Sie die untenstehenden offenen Felder.

Die IV-Stelle teilt der versicherten Person den vorgesehenen Endentscheid über ein

Leistungsbegehren mittels _____ mit.

Die versicherte Person hat Anspruch auf _____ im Sinne

von Artikel _____.

Berührt der vorgesehene Entscheid die Leistungspflicht eines anderen Versicherungsträgers,

so _____.

Lösungsvorschlag

8.1

Die IV-Stelle teilt der versicherten Person den vorgesehenen Endentscheid über ein Leistungsbegehren *mittels Vorbescheid (1)* mit.

Die versicherte Person hat Anspruch auf *rechtliches Gehör (1)* im Sinne von Art. 42 ATSG (1). Berührt der vorgesehene Entscheid die Leistungspflicht eines anderen Versicherungsträgers, so *hört die IV-Stelle diesen vor Erlass der Verfügung (1) an*.

Erzielte Punkte:

--

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 23 - _ _ _ - _

Aufgabe 8.2 (3 Punkte)

Ergänzen Sie die nachfolgenden offenen Felder:

Eine kantonale IV-Stelle erlässt eine Verfügung.

Diese Verfügung kann angefochten werden mittels _____

innert _____

bei _____.

Lösungsvorschlag

8.2

*Diese Verfügung ist anzufechten mittels **Beschwerde (1)**
innert **30 Tagen (1)** beim **kantonalen Versicherungsgericht (1)**.*

Erzielte Punkte:

--